

Antrag

der Fraktion der CDU

Maßnahmen gegen religiösen Extremismus – Präventionsnetzwerke mit Beratungsstellen und Ausstiegsprogramme schaffen sowie präventive Maßnahmen fördern

Der Landtag stellt fest:

In Europa und Deutschland werden die Anhänger des extremistischen Salafismus aggressiver und gefährlicher. Die islamistischen Terroranschläge von Paris, Moskau, London, Madrid und anderen europäischen Städten, die Ermordung US-amerikanischer Soldaten am Flughafen Frankfurt am Main, der verhinderte Bombenanschlag im Bonner Hauptbahnhof oder Patrouillen einer selbsternannten Scharia-Polizei wie in Wuppertal zeigen eine erhebliche Gefährdung für die Sicherheit und die Freiheit der Menschen in Deutschland.

Die Antwort hierauf muss klar sein: Salafismus und Islamismus haben in Deutschland keinen Platz. Sie müssen daher entschieden und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Nötig sind dazu verschiedene präventive und repressive Maßnahmen, die in Zusammenarbeit aller Länder und des Bundes umgesetzt und stetig fortgeschrieben werden müssen, auch von Rheinland-Pfalz.

In diesem Zusammenhang planen derzeit einige Bundesländer die Einrichtung von Präventionsnetzwerken gegen salafistische Radikalisierung oder haben solche bereits eingerichtet. So hat das Land Niedersachsen im April vergangenen Jahres eine Beratungsstelle gegen Islamismus eingerichtet. Dort können sich Betroffene ohne die Sorge melden, gleich vom Verfassungsschutz ins Visier genommen zu werden. Auch das Land Hessen hat ein solches Präventionsnetzwerk aufgebaut, in dessen Mittelpunkt eine zentrale Beratungsstelle und ein Fachbeirat stehen. Zu den Aufgaben gehören Präventions- und Interventionsmaßnahmen, insbesondere auch eine Beratung von Angehörigen und die Schaffung eines Ausstiegsprogramms für Radikalisierte.

In Rheinland-Pfalz hat die Anzahl der radikalen Salafisten in den letzten Jahren stetig zugenommen und ist laut Verfassungsschutzbericht 2015 im vergangenen Jahr nur leicht zurück gegangen. Insbesondere junge Muslime radikalieren sich aber immer stärker. Zudem wurde seitens der Landesregierung bestätigt, dass in jüngster Zeit auch radikale Salafisten aus den Krisengebieten nach Rheinland-Pfalz zurückgekehrt sind. Von diesen Personen geht eine erhöhte Anschlaggefahr aus.

Obwohl der Landesregierung diese Entwicklungen nicht unbekannt waren, hat sie keine ausreichenden präventiven Maßnahmen ergriffen. Seit über einem Jahr werden zahlreiche Maßnahmen angekündigt, ohne dass diesen Ankündigungen effektiv Taten gefolgt sind. Die Antwort der Landesregierung zur Großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion „Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus“ (Drucksachen 16/5009/5241) hat zudem gezeigt, dass die Landesregierung viel zu geringe Mittel für den Bereich der Islamismusprävention im vergangenen Haushalt veranschlagt bzw. abgerufen hat. Und auch im aktuellen Haushalt 2016 sind die veranschlagten Mittel alles andere als bedarfsdeckend.

b. w.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

unverzüglich auch in Rheinland-Pfalz ein mit den Nachbarbundesländern und dem Bund abgestimmtes, effektives Präventionsnetzwerk einzurichten, das insbesondere auch eine Beratung von Angehörigen und die Schaffung eines Ausstiegsprogramms für Radikalisierte umfassen soll.

Für die Fraktion:
Martin Brandl